

Hat der Westen alles getan? Vor einem Krieg wurde seit Jahrzehnten gewarnt



Der jüngst verstorbene Braunschweiger Regierungspräsident Karl-Wilhelm Lange wurde jetzt in einem Zeitungskommentar, vereinfacht ausgedrückt, als Trümmern, der jetzt vor den „Trümmern seines Traumes“ stehe, bezeichnet. Unschärfen und Unterstellungen werden ihm vorgeworfen, weil der ehemalige Präsident des Bundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge 2018 in einem Brief von einem „neuen kalten Krieg, der allein den Interessen der USA/NATO dient und die Kräfte der Versöhnung mit Russland durch Hochrüstung und Manöver an den russischen Grenzen sowie durch wirtschaftliche Sanktionen zu zerstören sucht“ schrieb.

Da empfiehlt sich als Ergänzung ein Brief von Lange vom April 2014 an den damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Er warnt darin schon damals vor der „Strategie der USA und der NATO, Russland und Putin als Alleinschuldige der Krise zu bezeichnen, beide zu Parias der europäischen und internationalen Politik zu machen, sie zu isolieren und sie zugleich politisch und wirtschaftlich zu destabilisieren“.

Und weiter warnte Lange vor

den aus den Zeiten des Kalten Krieges bekannten Instrumenten der USA und der NATO, mit einer Kombination aus wirtschaftlichen Sanktionen und militärischen Optionen die NATO unmittelbar an die russischen Grenzen heranzuführen. Er bittet in seinem Brief den Außenminister um weiter konstruktive Diplomatie, denn die Alternative laufe auf einen „großen Krieg in Europa aus, eine politisch nicht mehr beherrschbare europäische Katastrophe, deren unvorstellbare Lasten, Opfer und politische Folgen die europäischen Staaten in Ost und West alleine zu tragen hätten“.

Nun war der ehemalige Braunschweiger Regierungspräsident vor rund acht Jahren ja nun wirklich nicht alleine. Das Ukraine-EU-Abkommen wurde international vielfach von Politikern kritisiert: Das Freihandelsabkommen der EU (DCFTA) schließe intensive wirtschaftliche Beziehungen der Ukraine zu ihren bedeutendsten Wirtschaftspartnern in der von Russland geführten Zollunion weitgehend aus. Damit habe man der Ukraine nur ein „Entweder-oder“ angeboten, also die Ukraine nicht als Brücke zwischen der EU und

Russland verstanden. Auf diese Weise habe man die derzeitige politische Krise in der Ukraine mitverursacht, so die mehrfache Kritik. Altkanzler Helmut Schmidt bezeichnete in einem Interview im Mai 2014 die Politik der EU-Kommission als unfähig und größenwahnsinnig. Sie mische sich in die Weltpolitik ein und provoziere damit die Gefahr eines Krieges. Die „Bürokraten in Brüssel“ hätten die Ukraine vor die „scheinbare Wahl“ gestellt, sich zwischen West und Ost entscheiden zu müssen.

Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen kritisierte, man habe bei dem sogenannten Euro-Maidan nicht gesehen oder sehen wollen, dass es sich weder um eine landesweite noch um eine homogene Bewegung handelte. Europäische Politiker hätten sich als „blind für die innenpolitischen Spannungen zwischen der Ost- und der Westukraine“ erwiesen. Verheugen weiter: „Weil europäische politische Eliten nur noch in Kategorien wie prorussisch und proeuropäisch denken konnten und den Konflikt statt den Dialog mit Russland bevorzugten, haben sie die schwerste Krise in Europa in diesem Jahrhundert mit ausgelöst. Ein Gutteil der

Verantwortung dafür liegt in Berlin.“ Altkanzler Helmut Kohl äußerte am 12. März 2013 gegenüber „Bild“, die Aufbruchstimmung in der Ukraine sei nicht immer klug begleitet worden. So habe es an Sensibilität im Umgang mit den russischen Nachbarn gemangelt, insbesondere mit Präsident Putin.

Der heute mit einem völlig überzogenen Shitstorm verfolgte Altkanzler Gerhard Schröder kritisierte in der Wochenzeitung „Zeit“ 2014, die EU hätte beim Assoziierungsabkommen angesichts der kulturellen Teilung der Ukraine kein Entweder-oder formulieren dürfen. Ein Sowohl-als-auch wäre vernünftiger gewesen. Schröder verwies auch auf die nachvollziehbaren Einkreisungsängste der russischen Regierung angesichts der Entwicklungen der Vergangenheit. Und der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher forderte, an der Idee einer gemeinsamen Freihandelszone mit Russland festzuhalten: „Es wäre schön, wenn daraus etwas geworden wäre. Dann wäre die Frage der Assoziierung der Ukraine mit der EU möglicherweise anders eingeschätzt worden.“

Der SPD-Politiker Erhard Epp-

ler kritisierte, dass die EU, als der Assoziierungsvertrag ausgehandelt wurde, nicht von sich aus Kontakt mit Russland aufgenommen hatte, weil niemand dafür zuständig gewesen sei. Nur ein europäischer Außenminister hätte diese Kompetenz haben können. „Alles deutet darauf hin, dass eine Einigung möglich gewesen wäre – etwa auf der Basis des Kissinger-Vorschlags: Die Ukraine darf mit der EU alles Mögliche abschließen, wenn sie keinem militärischen Bündnis beitrifft.“

Der Politikwissenschaftler John Mearsheimer sah den Assoziierungsvertrag gar als Teil einer politischen „Dreierpackung“ (triple package of policies) des Westens aus NATO-Osterweiterung, Ausweitung der EU-Expansion und Demokratieförderung, die Öl in das erwartete Feuer goss. „Der Zündfunke kam im November 2013, als der ukrainische Präsident das Assoziierungsabkommen ablehnte und stattdessen das russische Gegenangebot von 15 Milliarden Dollar annahm.“ „Zeit“-Chefredakteur Theo Sommer kommentierte eine kritische Äußerung von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker als „Eingeständnis

der Wahrheit“, dass die Ukraine bei Lichte betrachtet ein „failing state“ – ein fallender Staat – oder gar schon gefallen sei, „ein marodes, kleptokratisches, von bestechlichen Bürokraten und milliarden-schweren Oligarchen für ihre eigenen Zwecke ausgeplündertes Staatswesen“. Die Politik der EU, die Ukraine ins eigene Lager zu ziehen, habe sich als falsch erwiesen. Nun komme es darauf an, die Ukraine „wieder in das geschichtlich gewachsene Beziehungsgeflecht mit Russland einzuweben“.

Diese Warnungen – wohlge-merkt alle aus einer Zeit vor 2015 – spielen aktuell weder in der Politik noch in der Medienberichterstattung eine Rolle. Angesichts des unentschuldigen, völkerrechtswidrigen und grausamen Putin-Krieges mit unvorstellbaren Opfern mitten in Europa bis zu einem gewissen Grad nachvollziehbar. Aber die Frage, ob der Westen alles getan hat, um diesen Krieg zu verhindern, ist offen.

Der Autor ist PR-Berater und Kommunikationsmanager aus Braunschweig. Er bezieht sich in seinem Beitrag auf die Kolumne „Diese Woche“ vom 21. Mai.